



Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Gemeinsamer Brief der AfAs Oldenburg-Land, Ammerland und Oldenburg-Stadt

Anschrift für Antworten:
Malte Diehl, Leobschützer Str. 5, 26125 Oldenburg



Oldenburg, den 20. Juni 2020

Herrn Bundesminister Hubertus Heil, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundesarbeitsminister Heil, lieber Hubertus,

der jüngste und bislang mit Abstand größte Ausbruch des neuartigen Corona-Virus SARS-CoV-2 im Stammwerk des Tönnies-Konzerns hat uns zutiefst schockiert. Gleichwohl hat er uns nicht überrascht!

Wir alle wissen seit Jahren um die katastrophalen Zustände in den Fleischfabriken dieser und anderer Firmen. Zusammen mit den unhaltbaren Zuständen in den heruntergekommenen und überbelegten Wohnquartieren der zumeist südosteuropäischen Arbeitskräfte in diesen Fabriken ergibt sich eine ideale Brutstätte für das Corona-Virus. Mangelnde Tests und die Missachtung der Hygienevorschriften tun ihr übriges.

Der Tönnies-Konzern gefährdet dadurch vorsätzlich Gesundheit und Leben seiner Arbeitskräfte und fügt dem Gemeinwohl schweren Schaden zu – bis hin zu einem möglichen neuen Lockdown in der Region. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD fordert seit langer Zeit, die Situation in und um die Fleischfabriken zu entschärfen. Dies wird durch Corona noch dringender als jemals zuvor. Unsere Forderungen lauten:

- Das Kerngeschäft eines Unternehmens darf ausnahmslos nicht an Subunternehmer mit Werkverträgen ausgelagert werden – weder in der Fleischindustrie noch in anderen Branchen! Arbeiter in einem Schlachthof müssen festangestellte Mitarbeiter der Firma sein, der dieser Schlachthof gehört.
- Sofern in einzelnen Fällen doch Werkverträge für nicht zum Kerngeschäft gehörende Tätigkeiten eingesetzt werden sollen, z. B. für Instandhaltungsarbeiten im Schlachthof, sind diese durch den Betriebsrat des beauftragenden Unternehmens zu genehmigen.
- Die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Standards hinsichtlich Arbeitsbedingungen und Entlohnung sind endlich angemessen zu überprüfen und durchzusetzen. Das Personal der zuständigen Behörden ist aufzustocken. Die Strafen für Verstöße sind so zu verschärfen, dass wiederholte schwerwiegende Verstöße die Existenz des schuldigen Unternehmens ernsthaft gefährden können.
- Ebenfalls müssen die gesetzlichen Vorschriften für die Unterbringung auswärtiger Arbeitskräfte, die nicht in eigenen Wohnungen leben, verschärft und durchgesetzt werden. Dies passiert derzeit viel zu wenig. Übermäßige Abzüge vom Gehalt für die Unterkunft sind zu verbieten und zu unterbinden.

Wir fordern Dich in Deiner Position als Bundesarbeitsminister auf, die Umsetzung dieser Punkte mit aller Kraft voranzutreiben – notfalls auch gegen den Widerstand von CDU/CSU. Das gebietet die Verantwortung für die Menschen – sowohl die Arbeitskräfte in der Fleischindustrie als auch alle anderen, die von den Folgen dieser Missstände betroffen sind.

Ganz speziell wünschen wir uns ein entschiedenes und schnelles Vorgehen Deines Ressorts gegen die offenbar mit großer krimineller Energie betriebenen Machenschaften im Tönnies-Konzern.

Deine Antwort erwartend und mit Dank für Deine Bemühungen verbleiben wir mit sozialdemokratischen Grüßen:

Sven Recker, Vorsitzender der AfA Ammerland, E-Mail, Telefon

Bernd Bischoff, Vorsitzender der AfA Oldenburg-Land, E-Mail, Telefon

Malte Diehl, Vorsitzender der AfA Oldenburg-Stadt, E-Mail, Telefon

Frank Zobel, stellvertretender Vorsitzender der AfA Oldenburg-Stadt, E-Mail, Telefon